

Anmaßend: Die FDP und die Windkraft

Flörsbachtal/Jossgrund (re). Die jüngste Veranstaltung der FDP Main-Kinzig gemeinsam mit Windkraftgegnern (wir berichteten) hat nach Ansicht der Ersten Kreisbeigeordneten Susanne Simmler und des Kreisbeigeordneten Matthias Zach gezeigt, dass die Gruppen das Thema immer wieder nutzen, um zu provozieren und zu polemisieren. Der sachliche Diskurs und der Respekt vor demokratischen Mehrheitsentscheidungen blieben dabei leider oftmals auf der Strecke.

Gemeinsam mit dem Kreisbeigeordneten Matthias Zach verwarft sich Simmler gegen die Behauptung des FDP-Kreistagsabgeordneten Rolf Zimmermann, Landrat Erich Pipa und die kreiseigene Naturenergie GmbH wolle „den Wald kaputtmachen“. Ebenso sei die Aussage bewusst irreführend, die betroffenen Spessartkommunen würden bei ihren Entscheidungen „ausschließlich kommerzielle Interessen“ verfolgen.

„Es ist schlichtweg anmaßend, wenn sich einzelne Gruppen hier als alleinige Interessenvertreter der Kulturlandschaft präsentieren wollen“, erklären Simmler und Zach. Auch sollte sich ein Delegierter der Regionalversammlung um mehr Sachlichkeit bemühen und die geltende Gesetze und Entscheidungswege respektieren.

Zach und Simmler sind überzeugt, dass der Ausbau der Windkraft durch die Kommunen im Main-Kinzig-Kreis mit Verantwortung und Augenmaß erfolge. Mit den wiederholten Szenarien von Naturzerstörung, bedingungsloser Bauwut sowie der vermeintlichen Unwirtschaftlichkeit argumentiere der FDP-Sprecher René Rock an der Wirklichkeit vorbei und ignoriere komplett die Notwendigkeit der Energiewende.

Mit dieser Strategie würde sich die Partei der Liberalen zudem ohnehin nur an den letzten Strohalm klammern, um nicht komplett in der Beliebigkeit und Bedeutungslosigkeit zu versinken. Glaubwürdig sei es nicht, wenn eine ehemalige Wirtschafts- und Fortschrittspartei sich nun als radikale Windkraftgegner versuche. „Hier werden teilweise berechtigte Fragen und Sorgen der Bürger instrumentalisiert, um Stimmen einzufangen“, kritisieren Simmler und Zach. Eine konstruktive, verantwortungsvolle und nachhaltige Politik sei daraus jedoch noch nicht abzuleiten.

Ganz
06.08.2016
537